

sie vom Landtag gewählt würden, hätten Sie größere Akzeptanz. Sie würden von vielen, auch von der Opposition, gewählt werden. Das wäre der insgesamt bessere Weg.

Die Gründung eines Landesbeirats kann sinnvoll und nützlich sein. Bei uns bestehen jedoch Bedenken, da es noch den Integrationsrat gibt. Laut dem Gesetzentwurf der SPD sollen in den Gemeinden, Landkreisen oder in den Bezirken Beiräte gebildet werden. Mit diesem Punkt haben wir von den FREIEN WÄHLERN Probleme, weil die Beiräte die kommunalen Organe beraten sollen. Wir befürchten eine Erhöhung der Bürokratie und eine Aufblähung von Kompetenzen. Wenn es schlecht kommt, werden bestehende Gremien abgewertet.

Nach Artikel 9 "Erweiterte politische Partizipation in den Gemeinden und Landkreisen" sollen Unionsbürger Bürgermeister oder Landräte werden können. Das lehnen wir ab.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen Unternehmen bei sonst gleichwertigen Angeboten bevorzugt den Zuschlag erhalten, wenn sie die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern. Gegenüber anderen wichtigen Kriterien wie der Nachhaltigkeit sowie sozialen und ökologischen Kriterien ist dies eine einseitige Bevorzugung.

Mit Artikel 13 des Gesetzentwurfs schlägt die SPD-Fraktion Integrationsmaßnahmen vor. Diese sind wichtig und richtig. Diese unterstützen wir.

Fazit: Integration ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Die Kommunen sind der Motor und haben die Schlüsselrolle bei der Umsetzung. Deshalb wollen wir eine Integration von unten nach oben. Schwerpunkte sollten die integrationspolitischen Gesamtkonzepte bilden, die von allen Gebietskörperschaften in Bayern erstellt werden. Zwar steht dieser Punkt im Gesetzentwurf der SPD, jedoch dominiert er nicht. Wir unterstützen einige Punkte im Gesetzentwurf wie den Landesbeauftragten und die staatliche Förderung von Integrationsmaßnahmen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Punkt, der bisher noch zu kurz gekommen ist. - Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bevor wir mit den Wortmeldungen fortfahren, darf ich einen Ehrengast begrüßen, der sich mittlerweile auf der Ehrentribüne eingefunden hat. Ich begrüße den Generalkonsul der Türkei in München. Herr Koç, seien Sie uns herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat Frau Kollegin Kamm für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Bayern braucht ein Integrationsgesetz. Wir haben in Bayern in Unternehmen, Handwerksbetrieben, Vereinen, im Ehrenamt, in Bildungseinrichtungen, Kitas oder Kommunen zwar wunderbare Beispiele gelebter Integration. Bayern fehlt aber nach wie vor der institutionelle Rahmen auf Landesebene, der diese Aktivitäten bündelt, fördert, unterstützt, erleichtert und voranbringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, Vielfalt ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Bayern. 20 % der Menschen mit Migrationshintergrund leisten ihren Beitrag für unser gutes Leben hier. Die Zuwanderer dämpfen das Schrumpfen unserer Bevölkerung und insbesondere die demografische Alterung. In unseren Unternehmen sind Diversity und multikulturelle Kompetenz mitverantwortlich für den Erfolg, gerade unserer Exportunternehmen.

Die vielen Beispiele gut gelebter Integration vor Ort können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch erhebliche Defizite gibt. Die Potenziale der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen könnten weit aus besser genutzt werden, wenn sich diese Menschen bei uns besser entfalten könnten. Dazu brauchen wir als erstes eine bessere Anerkennungskultur, also eine bessere Anerkennung der Fähigkeiten und Potenziale der Menschen, die zu uns kommen, und wir brauchen nach wie vor, obwohl das schon so lange gefordert wird, eine bessere Willkommenskultur.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die vielen Beispiele gut gelebter Integration können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es erhebliche Defizite bei der interkulturellen Öffnung unserer Verwaltung und unserer Behörden und Institutionen gibt.

Zur Chancengerechtigkeit in unserem Bildungssystem ist schon einiges gesagt worden, worauf ich mich beziehen möchte. Wir haben bei der interkulturellen Öffnung unserer Behörden, aber auch unserer Vereine und bei der Förderung des Engagements der Vereine und unserer Migrationsorganisationen noch eine Megaaufgabe zu bewältigen. Wir haben weiterhin Defizite bei der Beseitigung von Barrieren auf dem Arbeits-